

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 27

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ab in den Keller, bald herrscht Bürgerkrieg!

Und schuld daran ist unser Bundesrat. Allen voran Justizminister Arnold Koller. Er hat der Gesamtregierung vorgeschlagen, die Initiative «für eine vernünftige Asylpolitik» dem Volk nicht vorzulegen. Dagegen setzen sich die Schweizer Demokraten mit aller Kraft zur Wehr.

In einem halbseitigen Inserat, erschienen im *BLICK* vom letzten Dienstag, verlangen Sie vom Bundesrat, den skandalösen Entscheid rückgängig zu machen. «So nicht, Herr Bundesrat», brüllen die Nationalaktivisten, denn wir Schweizer seien «auch Menschen» und liessen «uns nicht an der Nase herumführen». «Wir wissen genau, dass Sie Angst vor dieser Initiative haben, denn sie würde mit einem deutlichen Mehr angenommen», heisst es weiter. Und schliesslich: «Schweizer Recht kommt vor Völkerrecht. Alles andere ist eine Konstruktion Ihrer Gesetzesausleger und einer Demokratie wie der unsrigen unwürdig und führt letztlich zu Gewalt. Wollen Sie Zustände wie in Ex-Jugoslawien.»

Mit anderen Worten: Nimmt der Bundesrat seinen Entscheid nicht zurück, werden die Initianten handgreiflich, kommt es womöglich zu einem Bür-

gerkrieg in der Schweiz. Will das der Bundesrat?

«Selbstverständlich nicht», heisst die Antwort des Eidgenössischen Justizdepartementes. Dennoch wolle die Regierung an ihrem Entscheid festhalten und dem Parlament vorschlagen, die Initiative nicht zur Abstimmung zu bringen. «Wir lassen uns nicht von irgendwelchen Hetzern unter Druck setzen», betont ein EJPD-Beamte, der aus Sicherheitsgründen ungenannt bleiben will.

Offenbar hat der Bundesrat ob der schweizerdemokratischen Offensive doch kalte Füsse bekommen, denn das EMD arbeitet bereits emsig an einer PR-Kampagne gegen die Initiative zur Halbierung der Rüstungsausgaben. Ganz anders als in früheren Armee-(Teil-)abschaffungsinitiativen wollen die Militärs nicht mehr die Gefahr aus dem Osten zur Begründung ihrer Arbeit heranziehen, sondern die Innere Sicherheit: «Die Armee muss im Bedarfsfall auch im Landesinnern schlagkräftig operieren können.»

Angesichts der aktuellen Bedrohungslage, so hoffen die EMD-Strategen, «werden das sogar die Linken unterschreiben».

ANZEIGE

Betrifft: Ungültigkeitserklärung der Initiative «für eine vernünftige Asylpolitik» durch den Bundesrat (auf Antrag von Bundesrat Koller)

So nicht, Herr Bundesrat!

122 000 gutgläubige Schweizerinnen und Schweizer haben die vom Bund vorgeprüfte und für gut befundene Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» in der Meinung unterschrieben, dass endlich mit dem **Asylunwesen** aufgeräumt wird. Jede und jeder spürt tagtäglich die verheerenden Auswirkungen der verfehlten bundesrätlichen Asylpolitik wie Drogenkriminalität, Bandenkriege, Geldwäscherei und Arbeitslosigkeit.

Herr Koller: Wir Schweizer sind auch Menschen. Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen. **Herr Koller:** Wir wissen genau, dass Sie Angst vor dieser Initiative haben, denn sie würde mit einem deutlichen Mehr angenommen.

Herr Koller: Schweizerrecht kommt vor Völkerrecht. Alles andere ist eine Konstruktion Ihrer Gesetzesausleger und einer Demokratie wie der unsrigen unwürdig und führt letztlich zu Gewalt. Wollen Sie Zustände wie in Ex-Jugoslawien?

Herr Koller: Sie sind aufgefordert, Ihren und Ihrer Kollegen Entscheid zurückzunehmen und die Volksinitiative in ihrer ursprünglichen Form dem Parlament zu unterbreiten. Anders zu handeln ist unschweizerisch und macht den Graben zwischen Volk und Regierung noch tiefer.

Peter Frei, Präsident der Schweizer Demokraten des Kantons Zürich und vier Mitverfasser im Namen von Hunderten von Unterschriften-Sammlerinnen und -Sammlern, die ihre Ferien und ihre Freizeit für diese Sache geopfert haben (die fünf Verfasser zahlen dieses Inserat aus dem eigenen Sack, weil die Partei sich stark für die Einbürgerungsabstimmung vom 12. Juni engagiert hat. **Spenden** sind willkommen auf PC-Konto 80-150.776-3, P. Frei, Zürich. Allfällige Überschüsse werden für den weiteren Kampf für Gerechtigkeit verwendet.

776.02908